

**Hans:**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir haben uns heute hier versammelt um gegen die geplanten Rechtsvereinfachungen im Sozialgesetzbuch II zu protestieren. Diese Rechtsvereinfachungen bedeuten für die Erwerbslosen weitere erhebliche Verschlechterungen. Das geht aus dem Abschlussbericht der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die von der heute hier in Mainz-Finthen tagenden ASMK eingesetzt wurde, hervor.

**Susanne:**

Es muss zugegeben werden: Dieser Bericht enthält Vereinfachungen und Verschärfungen. Wir werden zum Schluss darauf eingehen.

Kritisiert werden muss auch die geheime Vorbereitung, die nicht nur Gewerkschaften, Wissenschaft, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Erwerbslosengruppen ausgeschlossen hat, sondern auch die Öffentlichkeit von einer offenen Berichterstattung ausschließt. Und das, obwohl bereits zum 1. April 2015 das neue SGB II in Kraft treten soll.

**Hans:**

Zum Hintergrund der geplanten Rechtsverschärfungen:

Über zwei Millionen Erwerbslose sind vier Jahre oder länger auf Hartz IV angewiesen. Besonders schlechte Karten haben Frauen und ältere Erwerbslose.

**Susanne:**

Und diese älteren Erwerbslosen sollen sich mit dem 63. Geburtstag verrenten lassen. So will es das Gesetz. Diese Zwangsverrentung bringt für den Rest des Lebens hohe Abschläge mit sich. Mit der Rente ab 67 steigen die Einbußen auf bis zu 14,4%. Das ist ein einziges Rentenkürzungsprogramm und vorprogrammierte Altersarmut!

**Hans:**

Überhaupt Armut: Mit 15,2% ist die Armutsquote nach den letzten verfügbaren Zahlen auf ein neuerliches, trauriges Rekordhoch gestiegen! In RLP beträgt sie gar 15,4%.

**Susanne:**

Armut, das hat eine in der Bundesrepublik bisher einzigartige Langzeitstudie der AWO bewiesen, ist der größte Risikofaktor für die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen!

**Hans:**

Nach Berechnungen des Deutschen Kinderhilfswerks sind derzeit rund 2,8 Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland von Armut betroffen. Die Armutsgefährdungsquote rheinland-pfälzischer Kinder liegt mit 18,4 Prozent sogar über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. In absoluten Zahlen bedeutet dies, dass über 117 000 Kinder in Rheinland-Pfalz armutsgefährdet sind.

**Susanne:**

Kinderarmut ist dabei immer auch die Armut der Eltern, die meist mit Erwerbslosigkeit oder prekärer Beschäftigung verbunden ist. So wird für diese Menschen der hier eröffnete Weihnachtsmarkt auch dieses Jahr verschlossen bleiben.

**Hans:**

Die arbeits- und sozialrechtlichen Dauerarbeitsverhältnisse sind in den letzten Jahren nach einer Untersuchung der Hans Böckler Stiftung auf unter 50% zurückgegangen. Das hochgelobte Jobwunder in Deutschland besteht aus Teilzeitarbeit, prekärer Beschäftigung und Niedriglohnsektor. Die Arbeit wurde umverteilt und billiger gemacht und die Anzahl der Menschen, die ergänzend ALG II beziehen müssen steigt ständig.

**Susanne:**

Aber was ist mit dem ohnehin zu niedrigen und löchrigen Mindestlohn von 8,50 Euro ab 2015? Gilt für Erwerbslose in den ersten sechs Monaten nicht. Und weiter: So schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 4.11.: „Das neue Geschäftsmodell klingt perfide. „Strategien zur Umgehung des Mindestlohngesetzes 2015 lautet die Überschrift eines Textes, den eine Rechtsanwaltskanzlei auf ihre Homepage gestellt hat.“

Dann kommen Tricks, wie der Mindestlohn völlig legal umgangen werden kann.

### **Hans:**

Das ALG II liegt mit weniger als 400 Euro Regelsatz plus Kosten der Unterkunft pro Monat für einen Erwachsenen deutlich unterhalb der Armutsgrenze: Armut wird hier bewusst in Kauf genommen. Mit der finanziellen Verarmung verbindet sich meistens soziale Isolierung.

Der Regelbedarf ist gekürzt auf ein Niveau, das gerade so zum Überleben ausreicht, Erwerbslose aber aus dem gesellschaftlichen Leben ausgrenzt.

### **Susanne:**

Die Philosophie, die dahintersteckt, ist so einfach wie falsch zugleich:

Es wird den Erwerbslosen suggeriert, sie seien selbst schuld an ihrer Misere. Sie macht aus Erwerbslosen und Aufstockerinnen, Bittsteller von denen Demut, Bescheidenheit und der Verzicht auf ein Leben in Würde verlangt wird.

### **Hans:**

Im 2. Quartal 2014 gab es laut Bundesagentur für Arbeit 1,06 Millionen offene Stellen auf dem 1. Arbeitsmarkt. Demgegenüber standen 2,89 Millionen registrierte Arbeitslose. Die Zahl der laut BA unterbeschäftigten Menschen, die auch Erwerbslose erfasst, die in Maßnahmen oder krank sind, lag im Juli 2014 bei 3,66 Millionen. Auf eine offene Stelle kommen also deutlich mehr als drei Erwerbslose.

### **Susanne:**

Es fehlen also bundesweit mindestens zwei Millionen Arbeitsplätze.  
Jobwunder Deutschland

### **Hans:**

Kein Problem für Andrea Nahles. Das Zauberwort heißt passiv-aktiv Transfer, d.h. Erwerbslose sollen für die Transferleistung arbeiten. Auch die Ein-Euro-Jobs will die emsige Ministerin ausweiten. Zwar stößt der

passiv-aktiv Transfer bei der Bundesregierung auf Widerstand, das war aber auch vor einigen Jahren der Fall, als der Vorschlag von CSU-Klose kam, die Null-Euro-Jobs einzuführen. Und nun kommen sie in Hamburg.

### Susanne:

Zwei Beispiele aus den sog. Rechtsvereinfachungen:

1. Leistungsberechtigte sollen zukünftig doppelt und noch härter bestraft werden. Wer heute seine Pflichten verletzt, bekommt bereits beim ersten Mal den Regelsatz um 30% gekürzt. Zukünftig soll eine zweite Kürzung um ebenfalls 20 Prozent erfolgen. Denn Leistungsberechtigte sollen verpflichtet werden, die erhaltenen Leistungen zurück zu erstatten. Dies soll Personen betreffen, die sich vorsätzlich oder grob fahrlässig nicht genug bemühen, ihren Leistungsbezug zu beenden oder zu verringern. Da die Rückzahlungspflicht sofort beginnt, behalten die Jobcenter 30 Prozent vom Regelsatz im laufenden Leistungsbezug für die „Tilgung“ ein.

Derzeit gilt die Rückzahlungspflicht nur für Personen, die ihre Hilfebedürftigkeit schuldhaft herbeigeführt haben, also bei einem Fehlverhalten aus der Vergangenheit, dass den ALG II Bezug ausgelöst hat.

Auch wir haben einen Vorschlag:

Statt die Strafen zu verschärfen, ist das Gegenteil notwendig: Die Regelungen zu einer zumutbaren Arbeit müssen deutlich entschärft werden. Auch deshalb, um die Ausweitung des Niedriglohnsektors endlich zu stoppen. Denn Hartz IV ist das Schmier- und Druckmittel, Menschen in sehr niedrig entlohnte Arbeit zu zwingen. Bis zur einer Neuregelung müssen die Sanktionen zumindest ausgesetzt werden. Denn es geht um das Existenzminimum.

Nun will man die Sanktionen bei harmlosen Meldeversäumnissen von bisher 10% sogar noch auf deutliche 30 % erhöhen. Diese kommen am häufigsten vor. Doch niemand fragt nach den Gründen, warum es dazu kommt: Terminüberschneidung mit der Arbeit, fehlende Kita-Plätze für Alleinerziehende oder plötzliche Erkrankung, gelten nicht

als Grund um einen Termin verschieben zu können. Das wissen die wenigsten. Und die Öffnungszeiten des Jobcenters werden immer weiter verkürzt. Hier in Mainz hat das Jobcenter nur noch bis 12 Uhr auf. Bei wichtigen Fragen landet man in der Jobcenterhotline, weil es oft keine Durchwahl zum Sachbearbeiter gibt. Das nennen wir Kundenservice! Wir haben einen Vorschlag um Sanktionen einfach zu vermeiden: Wir fordern eine gegenseitige Terminabsprache auf selber Augenhöhe.

### **Hans:**

2. Zukünftig sollen die Kommunen die Obergrenzen für angemessene Wohnkosten bezogen auf die Gesamtsumme aus Miete und Heizung festlegen dürfen. Bisher waren die Miete und die Heizkosten separat zu prüfen. Mit der Änderung drohen Nachteile: So entfielen der heutige Rechtsanspruch auf eine einzelfallbezogene Prüfung. Danach müssen heute auch unangemessen hohe Heizkosten erstattet werden, etwa wenn diese auf einer schlechten Wärmedämmung beruhen.

Diese Änderung wäre auch ein Schritt dahin, für die Wohnkosten nur noch eine Pauschale zu zahlen. Dann besteht die große Gefahr, dass die Pauschale die tatsächlichen notwendigen Kosten nicht abdeckt und somit auch das Existenzminimum nicht gedeckt ist.

Dazu darf es nicht kommen.

### **Susanne:**

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Vorschläge, die die Bund-Länder AG der ASMK entwickelt hat, liegen nun auf der Bundesebene. Wenn auch positive Vorschläge zu finden sind, wie etwa die Verlängerung des Regelbewilligungszeitraumes, so wird doch die Not ohne Not vergrößert und die ohne Not weggelassen werden könnte. Das Gesetz soll zum 1. April nächstes Jahr in Kraft treten. Der Referentenentwurf wird für Januar erwartet.

### **Hans:**

Entscheidend wird nun sein, ob es gelingt genügend Druck auf die Politik auszuüben um das schlimmste zu verhindern.

- Wir brauchen keine verordnete Einkommensarmut
- Keine Stigmatisierung und Ausgrenzung aus dem sozialen, gesellschaftlichen und politischen Leben
- Von Arbeit muss man leben können ...

**Susanne:**

... und ohne Arbeit auch!!!